

Herrn Bürgermeister
Franz Dobusch
Altes Rathaus, Linz

Dringlichkeitsantrag gem §§ 12 iVm 18 Abs 5 StL idgF betreffend:

Resolution – Mehr Sicherheit im öffentlichen Verkehr

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

bereits im Dezember des Vorjahres wurde medial auf Gewalttaten in öffentlichen Verkehrsmitteln aufmerksam gemacht: Kontrolleure der Linz Linien würden bei der Ausübung ihres Dienstes immer öfter angegriffen und sogar krankenhaureif geprügelt. Doch damit nicht genug: Auch die Übergriffe auf Passagiere nehmen bedenkliche Ausmaße an, wobei zu beachten ist, dass nur ein geringer Teil davon – die besonders dramatischen Vorfälle – öffentliche (mediale) Beachtung findet und kleinere Übergriffe oft unerwähnt bleiben.

Die Attacke auf den 14-jährigen Florian, der von einer Bande ausländischer Jugendlicher in Form eines Jochbeinbruches schwer verletzt wurde, ist ein besonders tragisches Beispiel für Vorfälle, von denen nicht nur regelmäßig in den Medien zu lesen, sondern „unter der Hand“ im persönlichen Gespräch viel häufiger zu hören ist.

„Große Angst vor Gewalt in Bus und Bim“ stellt die Kronen Zeitung am 20.01.2010 fest: Menschen unterschiedlichsten Alters fühlen sich in öffentlichen Verkehrsmitteln gefährdet, viele fahren zu bestimmten Zeiten (soweit möglich) gar nicht mehr. Michael Kargl, Leiter der Fahrscheinkontrolle in den Linz Linien, wird mit der Aussage zitiert: „Wir kontrollieren nur 1,45 Prozent der Fahrgäste – aber sogar dabei erleben wir oft Gewaltszenen.“

Auf Dauer droht unter diesen Umständen neben der Gefährdung und dem Sinken der Lebensqualität der Bevölkerung auch ein Rückgang der Fahrgastzahlen, zumindest aber werden Akzeptanz und Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel in Linz beeinträchtigt. Neben aktuellen Maßnahmen zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs müssen also dringend auch Sicherheit und Sicherheitsgefühl der Fahrgäste verbessert werden. Auch den Fahrscheinkontrolleuren ist es absolut nicht zumutbar, dass ihr Dienst immer wieder mit Verletzungen im Krankenhaus endet.

Mit konkreten Maßnahmen für mehr Sicherheit im öffentlichen Verkehr kann also nicht weiter zugewartet werden. Zu einer Verharmlosung oder einem „Aussitzen“ der jüngsten Vorfälle darf es in diesem Fall keineswegs kommen. Die Stadt Linz und ihre Unternehmen sind in der Pflicht, Sicherheit und Lebensqualität im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu verbessern und zu erhalten. Dazu ist hier ein gemeinsames Vorgehen der Stadt und der Linz Linien erforderlich.

In diesem Zusammenhang stellen wir den Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Linz beschlieÙe folgende

Resolution an die Linz Linien GmbH

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Linz ersucht die Linz Linien GmbH, ehest konkrete Maßnahmen für mehr Sicherheit im öffentlichen Verkehr zu setzen und dem Gemeinderat darüber zu berichten. Folgende Schritte wären dazu möglich:

- verstärkte Präsenz von Sicherheitspersonal**
- flächendeckende Videoüberwachung**
- Anbindung an ein direktes Notrufnetz (Polizei) für Fahrgäste**
- bessere Vorbereitung und Schulung der Mitarbeiter (Fahrer und Kontrolleure) in Hinblick auf Notwehr, Nothilfe und Erste Hilfe**

Wir bitten darum, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und ihn in die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung am 21.01.2010 aufzunehmen.

Die Dringlichkeit des Antrages ergibt sich daraus, dass mit konkreten Maßnahmen für mehr Sicherheit in Anbetracht der jüngsten Vorfälle und Medienberichte nicht weiter zugewartet werden kann (bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderates im März), ohne eine vermeidbare Gefährdung von Personen und eine sinkende Bereitschaft zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs in Linz zu riskieren. Jede einzelne Straftat, die durch gesteigerte Sicherheit verhindert werden kann, ist eine Motivation zu unverzüglichem Handeln.

Berichterstatter: StR Detlef Wimmer

Linz, am 20.01.2010